

nis erweisen, daß hier nach anderen Grundrissen gehandelt wird, und daß dem so ist, wird dadurch nicht unambigüer gemacht, daß Freiheit und Sozialdemokratie die Richtschnur für das Regierungswesen sind.

Nachträge zum deutschen Seefrieg

London, 7. Juni. „Daily Mail“ schreibt: „Die Admiralität hat die Veröffentlichung der Nachrichten über die Seeschlacht mit der größten Dummheit behandelt. Ihre Kenntnis der Tatsachen wurde England vorenthalten bis Freitag, wo ein flüchtig abgefaßter Bericht veröffentlicht wurde, der ausnahmsweise ein ungefähres und unaufrichtiger Bericht, die Niederlage wegzulassen. Ein zweiter, in wichtigen Einzelheiten erheblich abgeänderter Bericht wurde zu spät ausgegeben, als daß er dem Publikum bis zum Morgen hätte bekanntgegeben werden können. Der Stempel der Ungebilligkeit wurde erreicht, als man es sich erlaubt herauszugeben, was eine Erklärung über die Schlacht zusammenzubringen. Welchen Wert hat seine Behauptung, daß unter Überlegenheit der See in seiner Weise verhandelt sei? Die Nation erinnert sich noch an die vielen Verbrechen, die die deutschen Schiffe in so vielen Fällen an ihren Löchern herausgegeben werden würden.“

Der schwerste Schlag für England

Amsterdam, 7. Juni. „Nieuws van den Dag“ nennt die Schlacht von Zandvoort eine heftige Leberausräumung für England. Der Gaager „Nieuwe Courant“ schreibt: Die Bedeutung von Sitthener's Tod für das Britenreich ist seine Verbundenheit mit dem Reich. Es ist der schwerste Schlag, der das Reich während des Krieges getroffen hat. Alles, was England bisher verloren hat, an Menschen, Kanonen, Schiffen und Geld, waren doch nur ein Verlust in der Hand des Leiters von Englands Krieg. Jetzt ist ihm aber der Leiter selbst entzogen worden. Die Drähte, die von London nach Frankreich, Italien, Spanien und allen Kriegsschauplätzen laufen, hängen schlaff. Im Augenblick ist kein Mann da, der sie festhalten kann. Die Bedeutung von Sitthener's Tod für die Entente ist sicher nicht minder groß. Aber was er für sein Land geteilt hat, läßt sich doch nicht überleben. Es wird schwer sein, eine neue Stütze für das große Gebäude zu finden.

Das blockierte Griechenland

Wien, 7. Juni. Der Korrespondent des „Berliner“ in Saloniki bemerkt zu der Besetzung der Städte über Griechenland, die die Völker genießen, um Griechenland in seiner eigenen Entscheidung des eigenen Interesses zurückzuführen, da die Forderung aller Lebensmittel direkt unanständig geworden ist.

Aus Athen eingetragene Pariser Nachrichten, nach Frankreich, England und Rußland infolge des deutschen Besatzes der Dardanellen auf dem griechischen Gebiet eine ernsthafte Gefahr aus der Aufrechterhaltung der griechischen Verfassung. Es ergibt sich, daß in Athen eine sehr aktive Bewegung hervorgerufen. Einige glauben, daß die Maßnahmen, falls die griechische Regierung sich ihnen widersetzen sollte, selbst das Bündnis zu einer ernstlichen Verlegenheit bringen könnten.

Daselbst wird berichtet, die Lage in der Hauptstadt ist kritisch. Die Minister berichten fast ununterbrochen, die sozialistische Presse greift die Regierung auf heftigste an. Sozialistische Bestrebungen im „Siri“ den Österreich, um diesen für ein deutsch-griechisches Bündnis vorzubereiten zu haben.

Der Fall Verdun nur eine Frage der Zeit

Paris, 7. Juni. In der „Nationalzeitung“ schreibt der Oberst Frey zur deutschen Offensive: Es ist klar, daß die Zentralmächte nun auch auf den Kriegsschauplätzen von Trentino und bei Verdun das militärisch so wichtige Gebiet des Saarlandes besitzen. Von Verdun selbst glaubt er, daß dessen Einnahme nur eine Frage der Zeit sei. Von Bedeutung ist vor allem der Raumgewinn der Deutschen auf dem linken Maasufer, denn sie liegen nur noch acht Kilometer von der Eisenbahnlinie Verdun-Paris entfernt.

Der französische Seeresbericht

Paris, 7. Juni. Amtlicher Kriegsbericht von gestern Nachmittag. Auf dem rechten Maasufer richteten die Deutschen nach zwei Angriffen gegen die französischen Stellungen zwischen Nancy und Damoul, die vollständig scheiterten. Es ist keinerlei Veränderung der Lage von dem Fort Vaux zu berichten, das die Deutschen fortgesetzt heftig beschießen.

Der von Front nördlich Verdun wird keine Infanterie kämpfe während des Tages gemeldet. Der Artilleriekampf dauert in der Gegend von Vaux und Damoul mit gleicher Heftigkeit an. Der Batterieschlammkommandeur Banaul, der Fort Vaux mit unermüdlicher Kraft verteidigt, wurde zum Mann der Ehre ernannt.

Wichtigster Bericht: Wechselseitige Beschießung in der Gegend östlich Metz-Verdun-Straßburg.

Großer Tumult in der italienischen Kammer

Rom, 7. Juni. Während der gestrigen Besprechung in der Kammer erwiderten sich mehrere Zwischenfälle. Als Salandra von Dankbarkeit gegen das Volk sprach, sprach Giacomo Ferreri auf und rief: Das Volk bezahlt die Rechnung eurer Missetatigkeiten. Nach seinen Worten herrschte großer Tumult im Saal, bei den Journalisten und auf den Tribünen. Rufe: „Verräter! Oesterreicher!“ wurden laut. Darauf gab Erläuterungen zur Internierungsfrage und erklärte sich prinzipiell mit der Internierung der Ausländer einverstanden, bedauerte jedoch, daß außerhalb der Kriegszonen politische Italiener ohne jeden politischen Grund von ihren Wohnstätten entfernt und allerlei Strafmassnahmen unterworfen würden. Der Redner beschuldigte sich insbesondere mit diesen Teil der Frage und behauptete, daß die Regierung die im Dezember übernommenen Verpflichtungen nicht einhielt. Turatillo wurde von den offiziellen Sozialisten bekräftigt. Salandra und der Minister des Innern werden ihm wohlfeillich heute antworten. „Corriere della Sera“ bemerkt, einige von Turatillo aufgeworfene Missstände seien unbestreitbar.

Deutscher Reichstag

Sitzung vom 7. Juni 1916.

Am Bundesratsstische: Dr. Helfferich, Kraetke, Bischo, Graf v. Helldorf.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung am 10¼ Uhr.

Zur zweiten Beratung stand zunächst der Gesetzentwurf über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete auf Grund des Berichtes der 14. Kommission. Berichterstatter Abg. Dr. Weiser (Str.) hat dem Gesetzentwurf in der von dem Ausschuss festgestellten Fassung mit folgender Resolution zugestimmt: Dem Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Ansprüche von Zivilpersonen wegen Kriegsschädigung an Leib und Leben geregelt werden.

Der Gesetzentwurf wurde ohne weitere Debatte nach den Vorschlägen des Ausschusses in zweiter und sofort auch in dritter Lesung endgültig angenommen. Entsprechend die von dem Ausschuss vorgeschlagene Entschlüsselung.

Darauf legte das Haus die dritte Beratung des Kriegskontrollgesetzentwurfs vor.

Abg. Klose (Soz.) als Berichterstatter empfahl den Gesetzentwurf unter Ablehnung des Antrages Graf Westfahl von dem dem Ausschuss beigefügten Entschlüsselung anzunehmen.

Nachdem Staatssekretär Dr. Helfferich erklärt hatte, sobald wir möglich eine Entscheidung der Verbündeten Regierungen zu der Entschlüsselung herbeiführen zu wollen, wurde die Vorlage mit der Entschlüsselung unverändert endgültig genehmigt.

Darauf wurde die dritte Beratung des Reichshaushaltsatzes für 1916 fortgesetzt.

Der Etat für die Reichspostverwaltung wurde bewilligt. Beim Etat der Reichspost und Telegraphenverwaltung.

Abg. Hubrich (Fortf.) hat den Staatssekretär des Reichspostamts, sich der Entschlüsselung über die Kriegsbeihilfen anzunehmen, und wiederholte den Wunsch, behufs Verbesserung der Anstellungen- und Beförderungsverhältnisse im nächsten Etat eine große Anzahl neuer etatsmäßiger Stellen zu schaffen.

Die Ausgaben der Postverwaltung wurden bewilligt. Bei den Einnahmen.

Abg. Dr. Krenth (F.) hat den Staatssekretär, die Ausgabe von künstlich angefertigten Kriegsmarkten in Ermüdung zu ziehen.

Die Einnahmen wurden bewilligt.

Beim Etat der Reichsdruckerei brachte Abg. Kunert (Soz.) zur Sprache, daß in der Reichsdruckerei sämtlichen dort beschäftigten Kriegsverletten vom ersten Tage ihres Eintritts in die Militärrente vom Lohn abgezogen worden sei. Als Redner dieses Vorbild der Reichsdruckerei als schamlos bezeichnet, wurde er zur Ordnung gerufen.

Staatssekretär des Reichspostamts Kraetke versprach sofort Abhilfe eintreten zu lassen, falls in der Reichsdruckerei wirklich die Rente von den Lohn abgezogen werden sollte.

Der Etat der Reichsdruckerei wurde bewilligt.

Der Rest des Etats wurde ohne wesentliche Debatte unverändert bewilligt.

Es folgte das Etatsgesch.

Abg. Oberst (Soz.) erklärte namens seiner Partei: Die neuen Steuern sind in den Etat hineingearbeitet worden. Meine Fraktion hat die neuen Steuern abgelehnt, weil sie Verbrauch und Verkehr belasten. Die Einarbeitung dieser neuen Steuern in den Etat veranlaßt uns, diesen Etat nicht zu genehmigen. Die Sozialdemokratie hat seit der ersten Zeit des Krieges gemeint, daß die Kriegsgewinne in weitem Maße herangezogen werden. Wir können neue Verbrauchs- und Verbrauchssteuern nicht bewilligen. Die Verbundenen Regierungen streben sich aber gegen die Absicht der alten Väter, Vermögens- und Einkommen nur in den Einkommensteuern heranzuziehen. Während des Krieges sollte an den bestehenden Einkommen nicht geändert werden, aber der Krieg dauert schon 22 Monate, und in so langer Zeit wäre es möglich gewesen, die Wohnen zu neuen Fortschritten zu beschreiten. (Sehr richtig bei den Soz.) Man hätte dem Volk, das in diesem schweren Kriege so gewaltig geleistet hat, weiter entgegenkommen müssen. Da es die Verbundenen Regierungen daran haben fehlen lassen, ergibt sich für uns die Schlußfolgerung, den Etat abzulehnen. (Beifall bei den Soz.)

Das Etatsgesetz wurde angenommen.

Darauf wurde in der Gesamtabstimmung der Etat im Ganzen gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen bewilligt.

Das Haus ging dann über zur ersten Beratung des Nachtrags zum Reichshaushaltsatzes für 1916, durch den 12 Milliarden neuer Kriegskredite angefordert werden.

Staatssekretär des Reichshausamts Graf v. Helldorf: Der letzte von Ihnen vor ungefähr sechs Monaten bewilligte Kredit von 10 Milliarden Mark nähert sich seiner Erschöpfung. Schon im Dezember v. J. konnte mein Herr Amtsvorgänger darauf hinweisen, daß die monatlichen Kriegsausgaben sich um den Betrag von etwa 2 Milliarden Mark bewegen, im März konnte von einer gewissen Stabilität in der Höhe dieser Ausgaben gesprochen werden und in der Zeit vom Januar bis Mai 1916 haben sich die monatlichen Kriegsausgaben im Durchschnitt etwas unter dem Betrage von 2 Milliarden gehalten. In der Ausgabewirtschaft unserer Seere wird die Stabilität bei weitem gleich sein, in Einzelheiten sogar betragsmäßig Kriegsausgaben nur als ein weiterer Beweis für die gute und sparsame Finanzwirtschaft zu gelten haben. Wir können also wohl auch für die nächste Zukunft einen Monatsbedarf von etwa 2 Milliarden Mark zugrunde legen. Aus dieser Erwägung heraus werden von Ihnen in dem Nachtragsetat 12 Milliarden Mark eingebracht, um mit dieser Summe den voranschreitenden Bedarf von 6 Monaten decken zu können. Das Verhältnis unserer und unserer Verbundenen Kriegsausgaben zu denjenigen aller unserer Feinde wird mit 1 zu 2 kaum unrichtig geschätzt sein, jedenfalls nicht so pessimistisch für unsere Feinde. Wir werden uns in den nächsten Monaten wiederum mit kurzfristigen Krediten helfen und erst im Herbst, jedoch nicht vor September, wenn wir auf das Einbringen einer guten Ernte und die Wiederzufüllung der Sparkassen hoffen dürfen, die neue, die fünfte Anleihe bringen. Für deren Geldeinlagen ich schon heute die Mittel

aller der Kreise anrufen möchte, die uns bisher bei unseren Anleihen in immer intensiverer Arbeit gehalten haben. Die richtige Abstimmung des Verhältnisses der Steuerquellen des Reiches zu denen der Bundesstaaten und Gemeinden war seit jeder das Alpha und Omega der Reichsfinanzverwaltung, sie wird es auch in Zukunft bleiben. (Erneute Zustimmung.) Bei der Prüfung der finanziellen Aufnahmefähigkeit des Reiches, wird gewiss an erster Stelle das Finanzinteresse des Reiches zu stehen haben. Wenn nach einem alten Wort zur Kriegführung Geld und noch einmal Geld gehört, so kann die Finanzverwaltung dieses Geld doch nur beschaffen, wenn auf der anderen Seite die wesentlichen Grundlagen der Volkswirtschaft. Wir betrachten die mögliche Erfüllung dieser Aufgabe. Das ist die Voraussetzung, die uns gegeben ist, verbunden mit unserem Meer und unserer Marine. (Beifall.)

Abg. Landsberg (Soz.): Dafür, daß Deutschland gesichert ist und sich wirtschaftlich frei entwickeln kann, setzen wir uns ein, nicht dafür, daß es auf einer unüberwindlichen Reihe von Schicksalsschlägen liegt, um auf dem letzten Schicksal zusammenzubrechen. Jedes Ziel, für das wir uns einsetzen, ist nicht erreicht; deshalb bewilligen wir die geforderten Kredite.

Abg. Haase (Soz. N.-O.): Unser Kampf gilt nicht einer Person, sondern der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und der diese stützenden Systemen. Wir betrachten die möglichen wirtschaftlichen Tragödie und die innere Politik von dem Standpunkte unserer sozialistischen Grundzüge und richten danach unser parlamentarische Verhalten. Wir bleiben unverrückbar Gegner des Imperialismus und gebeten nicht, ihn durch unsere Abstimmung irgendwie zu unterstützen. Wir haben aus vielen Gründen den Haupttat abgelehnt. Noch schwerer sind die Gründe, aus denen wir diesen Nachtragsetat ablehnen müssen. (Unruhe; Zustimmung b. d. Soz. N.-O.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Ich kann die Ausführungen des Vorredners nicht ohne Widerspruch hinausgehen lassen. Das deutsche Volk wird sich verunruhigt fragen, wie es in diesem Krieg keine geben kann, die auch hier den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung oder irgend eine andere für wichtiger halten, als den Kampf gegen den äußeren Feind, der vor den Grenzen steht, denen also sozialistische Grundzüge wichtiger sind als die Sicherheit des Reiches. Herr Haase verweigert die Kriegskredite, weil er den Imperialismus nicht fördern will. Ich kann ihm antworten, wenn er mehr bedeuten würde, als er bedeutet, so wäre seine Weigerung eine Förderung der imperialistischen Politik Englands. (Beifall; Unruhe und Widerspruch b. d. Soz. N.-O.)

Der Nachtragsetat wurde in erster und zweiter Lesung und auf Antrag Hasemann sofort endgültig auch in dritter Lesung angenommen. (Stürmischer Beifall.)

Es folgte die Beratung über die Ernährungsverordnungen. Den Bericht über die Kommissionsverhandlungen erstattete

Abg. Graf Westfahl (Deutschf.): Die Beratung der Ernährungsverordnungen fällt jedesmal in die kritischste Zeit des ganzen Jahres. Die letzten Monate des Jahres sind schon naturgemäß eine kritische Zeit. Überall haben wir mit knappen Vorräten, mit der Notwendigkeit von Einschränkungen zu rechnen, aber überall haben wir uns überzeugen können, daß das Notwendige vorhanden ist, um über die hohen Preise hinaus zu neuen Ernte hinwegzukommen. Die Ausbesserung des Stoffes ist für dieses Erntejahr gescheitert und er ist für alle Zeit gescheitert, denn schlechter und ungenügender werden die Verhältnisse nicht werden. (Beifall; Zustimmung.) Um der Ernährungsfrage willen brauchen unsere Truppen draußen den Kampf nicht einen Tag früher zu beenden, als es nach den militärischen Erfolgen nötig ist. (Beifall; Beifall.)

Abg. Dr. Waginger (Centr.): Gegenüber den früheren Verhandlungen über die Ernährungsfrage ist eine Neuerung insofern zu verzeichnen, als wir jetzt mit voller Offenheit den Feind und Feind darüber sprechen. Die zweite Verordnung gegenüber unserer früheren Verhandlungen ist die Errichtung des Kriegsernährungsamts. Wir waren von Anfang an auf den Krieg wirtschaftlich nicht gerüstet, ein sicherer Beweis, daß wir nicht an einen Angriffskrieg gedacht haben. (Beifall.) Die vielen bestehenden Kriegsgesellschaften haben eine einheitliche Zeitung dringend notwendig. Alle diese Gesellschaften haben ohne jede Ausnahme als gemeinnützige zu gelten; alle ihre Gewinne für Zwecke der Kriegsernährung zu verwenden. Die Errichtung eines Einkaufsgesellschaft hat in der Richtung eines einheitlichen Betriebes unangenehmestes Outes geleistet. Das neue Kriegsernährungsamt wird hoffentlich eine große Hand zeigen.

Abg. Hoffmann-Baierfeld (Soz.): Unter der Herrschaft der Junker und des Lagerungsstandes gebieten die Vorkriegsverordnungen und der Nahrungsmittelwucher an besten. Herr v. Batocki ist in schwieriger Zeit in sein Amt berufen worden. Wir werden ihn deshalb nicht nach seinen bisherigen Ansichten, sondern nach seinen kommenden Taten beurteilen. Wir begrüßen ihn deshalb mit den nötigen Miträumen. (Gehört.) Ich frage den Präsidenten des Kriegsernährungsamts, wann eine einheitliche Regelung in der Preisverordnung für das ganze Reich eintreten wird. Wir sind Freunde der Massenpeinigung. Redner kritisierte sodann in scharfer Weise die hohen Gewinne der Kriegsgewinnlichen und schilderte in längerer Ausführungen die Schwierigkeiten der Nahrungsmittelbeschaffung.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Ich knüpfte an das letzte Wort des Vorredners an. Auch mir liegt am Herzen, daß die Preise, die heute im Lande sind, erhalten bleiben. Ich weiß nicht, ob Sie, wie wir hier eben gehört haben, dazu dienen. Ich habe nach dieser Richtung bereitwilligst gewillt. (Zurufe b. d. Soz.) Zunächst möchte ich feststellen, daß Herr v. Batocki verhindert ist, hier zu sein. Der Vorredner hat es für nötig gehalten, ein Bild von unserer Ernährung zu entwerfen, bei der lediglich die Schatten sehr dünn gehalten waren, und das Bild, das aber auch vorhanden ist, gar nicht erwähnt wurde. Niemand wird bestreiten, daß hier und da Mißgriffe und Mißwunderungen vorgekommen sind, aber wo es möglich war, solche zu fassen, ist es geschehen. Die Regierungen haben in dieser Beziehung alles veranlaßt. Ich muß auch den Wortwurf zurückweisen, daß heute der Wohlhabende und Reiches genau so leben, wie vor dem Kriege. (Zurufe b. d. Soz.) Bei keinem Volk sind die Entbehrungen von den Wohlhabenden so akute worden, wie bei

